Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 12

Artikel: Angst- statt Hoffnungswahl auch für die Frauen : kein Grund zum Jubeln

Autor: Veya, Elisabeth

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340532

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

haben rundum starke Listen präsentiert. Und sie haben sich ein wesentlich klareres Image geben können als 1983. Die SP war auch diesmal die Partei der Hoffnung. Das hat sich zwar noch nicht wie erhofft ausbezahlt, aber es ist sicher eine gute Anlage für die Zukunft.

Angst- statt Hoffnungswahl auch für die Frauen

Kein Grund zum Jubeln

Von Elisabeth Veya

Gleichviel Frauen wie Männer in der Bundesversammlung: so sähe eine für die Schweizer Bevölkerung *repräsentative* Bundesversammlung aus.
Von diesem Ziel sind wir auch heute noch weit, sehr weit entfernt. Dies ist bei den Wahlen mehr als deutlich geworden. Der von vielen erhoffte, von vielen befürchtete Rutsch der Frauen hat so wenig stattgefunden wie der rot-grüne Rutsch. Beides ist vielleicht zum voraus «verschrien» worden. Allerdings hat wohl niemand, der sich seit längerer Zeit mit Frauenfragen beschäftigt, dies im oft beschworenen Masse prognostizieren mögen. Im Gegenteil, gerade die Tatsache, dass sich überall, in allen Parteien und allen Kantonen Frauen zur Wahl stellten, die ein sehr ausgeprägtes Profil besitzen und sich parteiintern und in verschiedenen Ämtern schon mehr als bewährt haben – hat vielen (Männern) Angst gemacht. Es hat sich nun gezeigt, dass die Zeit der Freundlichkeiten den Frauen gegenüber endgültig vorbei ist.
Insgesamt 720 Frauen (fast 30% aller Kandidaten) – so viel wie noch nie – stellten sich zur Wahl. Gewählt worden sind 32 (inkl. Ständerat), also jede Fünfundzwanzigste – so wenig wie noch nie (bei den Männern wurde ungefähr jeder zehnte Kandidat gewählt). Im Nationalrat machen die 28 Frauen nun 14% aus, im Ständerat weiterhin 6,5%. Das sind Tatsachen, die bleiben, auch wenn man sich darüber hinwegzutrösten sucht, dass vor allem diejenigen Gruppierungen mit vielen weiblichen Kandidatinnen ins Rennen stiegen, die bei diesen «Angstwahlen» ohnehin nicht gefragt waren.
Das Resultat bietet keinen Anlass zum Jubel. Eine Katastrophe hingegen ist es nicht und Grund zu vierjährigem Katzenjammer besteht auch nicht. Die Vertretung der Frauen im Nationalrat ist nicht – wie erhofft – wesentlich grösser geworden. Aber immerhin: Der Frauenanteil hat nicht abgenommen – wie das in anderen europäischen Parlamenten der Fall gewesen ist. Im Gegensatz zu den Wahlen 1983 ist er auch nicht gleich geblieben, sondern hat zugenommen. Auch das ist wahr.
Auch die SP-Frauen-Bilanz ist nicht überaus gut. Für die grosse Kammer gilt, dass 105 Kandidatinnen zu wählen gewesen wären (die verbindliche parteiinterne Quote von einem Drittel weiblicher Kandidatinnen war dabei um rund 4% übertroffen worden), und nur 12 – also etwa jede neunte Kandidatin – schafften die Wahl. Profilierte Sozialdemokratinnen und Feministinnen, wie die Präsidentin der SP-Frauen, die Solothurnerin Lucie Hüsler oder die Genfer Rechtsanwältin und VPOD-Präsidentin Christiane Brunner, blieben auf der Strecke.
Immerhin ist für die Sozialdemokratische Partei die Frauenbilanz – unter dem Strich – positiv. Über dem Strich schmerzen die Lücken, die durch den Weggang bzw. die Nicht-Wiederwahl welscher Vertreterinnen (Christinat, Deneys, Friedli und Vannay) entstanden sind. Rein quantitativ werden sie durch die neuen Vertreterinnen der Kantone Solothurn, Schaffhausen, Thurgau, Bern (2) und die Waadt aufgehoben.
Der Erfolg der Berner Frauenliste sticht ins Auge. Beim fünften Anlauf seit Einführung des Frauenstimmrechtes haben die Bernerinnen sogar eine Zweiervertretung in der Bundesversammlung erreicht: was sich nur einige zu erhoffen wagten und womit frau nicht unbedingt rechnen durfte, ist damit eingetreten.
Die sozialdemokratische Frauenvertretung im Nationalrat ist damit deutlich stärker geworden. Künftig werden 12 von 41 Fraktionsmitgliedern Frauen sein (29,3%) – bisher waren es 10 von 47. Die besonderen Massnahmen zur Förderung der Frauen (Quotierung der Frauen auf den Wahllisten, wie sie vom Parteitag 1986 vorgeschlagen worden ist sowie – im Spezialfall Bern – die separate Frauenliste) scheinen sich in der gewünschten Richtung ausgewirkt zu haben.
Betrüblich und schmerzlich sind die Niederlagen der Ständeratskandidatinnen Heidi Deneys und Amélia Christinat. Bei den Wählerinnen und Wählern hat sich nicht ausbezahlt, dass sich

diese beiden Vertreterinnen konsequenterweise zur Kandidatur für *ein* Amt entschlossen hatten und ihr Nationalratsmandat aufs Spiel setzten. Ebensowenig honorierte das Stimmvolk das Vertrauen, das die SPS – zu Recht – in diese beiden profilierten Politikerinnen gesetzt hatte.
Die neue sozialdemokratische Vertretung in der Bundesversammlung ist kleiner geworden. Sie ist – wie bis anhin – in der Minderheit. Von diesem Aspekt der Macht her wird sich nicht viel verändern. Durch die unfreiwillige Abmagerungskur geht Wesentliches an Sachkompetenz verloren, was für traditionelle Bereiche sozialdemokratischer Politik wichtig war (Sozialpolitik, Gewerkschaftspolitik). Es ist jedoch möglich, dass die neue Fraktion, was Frauenanliegen angeht, eine noch kompromisslosere, aufgeschlossenere und geschlossenere Haltung einnehmen wird. Neuzuzügerinnen aus Bern, Gret Haller und Ursula Bäumlin, Ursula Hafner aus Schaffhausen und Menga Danuser aus dem Thurgau, Francine Jeanprêtre aus der Waadt und auch Ursula Ulrich aus Olten gehören zum fortschrittlicheren und jüngeren Teil der Sozialdemokratie und könnten in der kommenden Legislatur der neuen Fraktion wesentliche Impulse versetzen.
Auch für den Rest der Bundesversammlung sieht die Lage so schlecht nicht aus – zumindest qualitativ. Die Walliser CVP-Frau Monique Paccolat scheint sich des besonderen Auftrages «ihrer» Wählerinnen sehr wohl bewusst zu sein, und auch die Zürcher Freisinnige Lili Nabholz sollte Gewähr für eine solide und eindeutige Frauenpolitik bieten. Und schliesslich dürften auch die Vertreterinnen von POCH, der Grünen und der Freien Liste in Frauenfragen für Koalitionen zu haben sein.
Denn soviel ist klar: Die Frauen im Parlament werden einander in der kommenden Legislatur nötig haben. Wahlen und Wahlkampf 1987 haben gezeigt, dass die Schweizer Frauen (allen Beschwichtigungen zum Trotz, denen allzu viele in der letzten Zeit erlegen sind) noch weit davon entfernt sind, politisch gleichberechtigt zu sein. Der Frauenbewegung sollte das neue Impulse versetzen können: das Ziel ist keineswegs erreicht, es bleibt sehr, sehr viel zu tun.

Weg von Glotze und Glück durch Medienmultis

Neue Formen notwendig

Von Hans Kaspar Schiesser

Die Niederlage vom 18. Oktober 1987 ist nicht verdaut. Solange es keine griffige Erklärung vor allem für das Absacken des Wähleranteils gibt, sind auch keine Schuldigen auszumachen. Demzufolge sind die Rezepte rar. Immerhin: Ansätze dazu sind vorhanden. Sie haben mit dem Umgang mit uns selbst und mit dem mit unsern Wählerinnen und Wählern zu tun.
Die «Entdeckung» der elektronischen Medien und der auflagestarken Printmedien durch die Sozialdemokratie fällt ungefähr mit dem Zeitpunkt zusammen, in dem der Glaube an die eigene Arbeiterpresse verlorenging. Das dürfte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gewesen sein. Wenn sich auch dieser Vertrauensentzug als falsch oder zumindest voreilig erwies, so blieb doch der Mythos bestehen, durch geschickte, allenfalls gekaufte (Inseraten-)Nutzung von Zeitungen oder Fernsehen liesse sich der Dialog mit Genossen und Wählerinnen aufrechterhalten. Oder sogar verbessern. Werbekampagnen wurden von da ab nicht mehr nach dem Muster der persönlichen Ansprache geplant, sondern als Werbung in überregionalen Zeitungen. Der intime Umgang mit Bundeshausjournalisten schien jahrelang erfolgsträchtiger zu sein, als der Umgang mit dem Mitgliedern der eigenen Sektion.
Der Erfolg dieser Jahre des Glaubens an Glotze und Glück durch Coninx und Ringier ist ausgeblieben. Dabei standen wir den Bürgerlichen in Freundschaften zu Journalistinnen und Journalisten wirklich in nichts nach. Aber es hat nicht einmal immer jenen persönlich geholfen, die erfolgreich Strichlisten mit ihrer Namensnennung in den Medien anlegen konnten.
Routine mit den Medien ist wohl nötig, um nicht übergangen zu werden. Um Leute auch zum Wählen oder zum *Mitmachen* zu bringen, reicht es aber offensichtlich nicht.

Der Entscheid, jemanden zu wählen, fällt wahrscheinlich aufgrund bloss dreier Überlegungen:
1. Nützt mir (meinen Kindern, meinen Kollegen im Sportverein, meinen Freunden in der Dritten Welt) diese Wahl konkret?
2. Ist der oder die Kandidatin so glaubwürdig, dass ich ihr oder ihm ein Occasionsauto abkaufen würde?
3. Ist bei dem oder der Kandidatin nach der Wahl mit einem Minimum an Unterhaltung oder bloss landesüblicher Polit-Langeweile zu rechnen?